

Der derzeitige Präsident der Vereinigten Staaten und seine Anhänger diskreditieren die Idee des Globalismus auf jede erdenkliche Weise. Das Konzept zielt darauf ab, komplexe Probleme, mit denen sich so gut wie alle Nationen konfrontiert sehen, multilateral und kooperativ zu lösen. In seiner diplomatischsten Form beschrieb Donald Trump seine Haltung in dieser Frage in seiner ersten Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen im September 2018 so: „Wir lehnen die Ideologie des Globalismus ab und bekennen uns zur Doktrin des Patriotismus. Verantwortungsbewusste Nationen auf der ganzen Welt müssen sich gegen Bedrohungen ihrer Souveränität wehren, nicht nur durch globale Regierungsführung, sondern auch durch andere, neue Formen der Nötigung und Herrschaft.“

Im ersten Jahr seiner zweiten Amtszeit machte der US-Präsident deutlich, dass seine Form des „Patriotismus“ vor allem darin besteht, unverhohlen für eine kompromisslose Form des Imperialismus einzutreten, vor allem in dessen kommerzieller Variante. Trumps Ziel ist es nicht nur, tagtäglich die globale Agenda mit seinen unilateralen Blitzen zu dominieren. Für die Zwecke der USA – und darüber hinaus vor allem zum Vorteil seines eigenen Familienclans – geht es ihm darum, ein System zu etablieren, das stark an das im alten chinesischen Kaiserreich etablierte Tributsystem erinnert. Damals mussten fremde Nationen dem Kaiser von China Tribute zahlen – nicht nur, um sich seine Gunst zu sichern, sondern um überhaupt am Hof akzeptiert zu werden.

Oberflächlich betrachtet mag diese Übernahme alter chinesischer Praktiken durch die heutigen Vereinigten Staaten als ironische Wendung der Geschichte betrachtet werden. Aus strategischer Sicht handelt es sich jedoch um einen selbstzerstörerischen Schritt, der Xi Jinping stark in die Hände spielt.

Mit dem gerade verkündeten Austritt der USA aus 66 UN-Organisationen macht Trump de facto den Weg frei für einen dominanten Einfluss Chinas auf die Vereinten Nationen. Chinas Soft-Power-Strategen können frohlocken. Zur Durchsetzung seiner eigenen Initiativen hätte Xi sich nichts Besseres wünschen können als hypermerkantilistisch und imperialistisch ausgerichtete Vereinigte Staaten. Nichts lenkt besser von den wahren Zielen und Gefahren der chinesischen Weltpolitik ab.

Konzeptionell ist Xi dabei in vier Schritten vorgegangen. Zunächst stellte er 2021 die Globale Entwicklungsinitiative auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York vor. Es folgten 2022 die Globale Sicherheitsinitiative auf der Münchner Sicherheitskonferenz, 2023 die Globale Zivilisationsinitiative auf einem Treffen ausländischer Parteien in Peking und schließlich 2025 die Globale Governance-Initiative auf dem Gipfeltreffen der Shanghai Cooperation Organisation.

Dabei war die chinesische Führung sorgsam darauf bedacht, das Eigeninteresse ihres Landes durchweg als Ausdruck gemeinsamer Interessen aller Nationen darzustellen. Noch bemerkenswerter ist, dass die Chinesen mit ihrer Version des multilateralen Globalismus einen Ansatz nachahmen, den US-Regierungen seit den Vierzigerjahren lange Zeit verfolgt haben. Dieses Werk von Generationen amerikanischer Politikplaner wird durch Trumps unbändige Neigung, rachsüchtig, wenn nicht böswillig zu handeln, zerstört. Seine autokratische Form des Durchregierens gibt China die Chance, als vergleichsweise moderate und wohlwollende Weltmacht aufzutreten.

Die Tatsache, dass die Welt nun mit einer US-Führung konfrontiert ist, die jeden Anschein internationaler Verantwortung durch eine groteske Form von „Patriotismus“ ersetzt hat, hat erhebliche Konsequenzen für Europa. Diese gehen weit über das aktuelle Gefühl des amerikanischen Liebesentzugs hinaus.

Das erste strategische Problem, mit dem Europa derzeit auf globaler Ebene konfrontiert ist, ist eine Form von Sippenhaft. Ob aus Gründen der Bequemlichkeit, ob aus Mangel an Mut oder Ressourcen – wir Europäer segelten in der Vergangenheit oft unter dem Schutz der Vereinigten Staaten. Der Rest der Welt nahm uns dabei oft als deren Vasallen wahr. Aus chinesischer Sicht hat das nun einen willkommenen Nebeneffekt: Es erleichtert China in weiten Teilen der Welt die Selbstdarstellung als letzte Bastion eines multilateralen Globalismus.

Das zweite strategische Problem Europas besteht in den Regulierungsansprüchen der EU. Die Handlungsmaxime, weltweit alles regulieren zu wollen, was Brüssel als gutes Verhalten ansieht, erscheint vielen Nationen als übergriffig, wenn nicht sogar absurd. Erstens gehen die im jeweiligen EU-Ansatz vorgesehenen „Strafmaßnahmen“ nicht mit echten Anreizen einher. Zweitens werden die Kosten für die Anpassungsmaßnahmen größtenteils anderen Ländern auferlegt, von denen sich viele auf einem niedrigeren wirtschaftlichen Wohlstandsniveau

befinden. Drittens tut sich zwischen Intention und Realität eine Kluft auf. Die großspurige Festlegung globaler Regeln, denen die Welt folgen soll, wirkt zunehmend lächerlich. Schon innerhalb der Mitgliedstaaten der EU fehlt oft genug der erforderliche Konsens zur Umsetzung dieser Regeln. Gleiches gilt für den wirtschaftlichen Wohlstand, der erforderlich wäre, um die Kosten aufzubringen, die durch die Verhaltensänderungen entstehen würden, die Europa der Weltgemeinschaft verordnen möchte.

Das der europäische „Kaiser“ in diesem Sinn keine Kleider trägt, lässt sich an einem prägnanten Beispiel belegen. Bisher haben sich die europäischen Länder als unfähig erwiesen, den wirtschaftlich schwächeren Teilen ihrer Gesellschaft finanzielle Polster zur Verfügung zu stellen, um die steigenden Energiekosten im Interesse der Reduzierung der CO₂-Emissionen tragen zu können. Damit bleibt das europäische Modell einen entscheidenden Nachweis für seine Relevanz auf Weltebene schuldig.

Das dritte strategische Problem Europas liegt in der langfristigen wirtschaftlichen Stagnation des Kontinents. Die wirtschaftliche und politische Bedeutung Europas schwindet. Das elementare Versäumnis, wettbewerbsfähige, tiefe und breite Kapitalmärkte zu etablieren, hatte gravierende Folgen für die Innovations- und Wohlstandsentwicklung der letzten

Die vielen Fehler des Westens



Foto Jasper Hill

Europa und die Vereinigten Staaten machen so viel falsch, dass die chinesische Führung ihr Glück kaum fassen kann.

Von Stephan-Götz Richter

Jahre. Während die Vereinigten Staaten nach wie vor über ein nahezu unbegrenztes Kapitalmarktpotential zur Finanzierung solcher Innovationen verfügen, hat auch China seinen Weg gefunden. Mit Hilfe von Zwangsersparnissen, staatlicher Macht und Technologiediebstahl, aber auch durch gezielte Anstrengungen im naturwissenschaftlich-technischen Bereich hat es den Sprung von einem Massenproduzenten von Konsumgütern mit geringer Wertschöpfung zu einem führenden Innovationsstandort in vielen Branchen geschafft. China stellt mittlerweile sogar eine ernsthafte Herausforderung für die langjährige technologische Dominanz der USA dar.

Angesichts dessen klingt die Behauptung, dass alles besser wäre, wenn Europa nur einen wirklich integrierten Markt hätte, zunehmend hohl. Seit mehr als 30 Jahren wird dies nun schon behauptet, ohne dass greifbare Ergebnisse vorzuweisen wären – also vor allem ein Kapitalmarkt, der der Wirtschaftskraft der Europäischen Union entspricht. Aus dem strukturell geringeren Wirtschaftswachstum in Europa leitet zumindest die junge Generation von Führungskräften im sogenannten globalen Süden, von denen viele gut ausgebildete Ökonomen sind, vor allem eines ab: Von Europa hat sie wenig zu erwarten. Die dortigen Nachwuchspolitiker wissen auch, dass die europäischen Politiker gezwungen sind, den noch vorhandenen

Wohlstand des Kontinents für die Bewältigung der Kosten von Bevölkerungsschwund und Langlebigkeit einzusetzen.

Was ihnen jedoch wirklich das Vertrauen in Europa raubt, ist die Tatsache, dass die EU seit mindestens zwei Jahrzehnten großspurig das verfolgt, was sie als gemeinsame globale Interessen ausgibt, während sich gleichzeitig die strukturellen Reformbedürfnisse in den eigenen Mitgliedsländern aufstauen. In Europa vollzieht sich, so gesehen, dieselbe Fehlentwicklung, die der Internationale Währungsfonds traditionell an Entwicklungsländern kritisiert hat.

Das ist alles andere als eine Erfolgsbilanz. Und es ist wenig attraktiv für alle aufstrebenden, mittlerweile oftmals ehemaligen Entwicklungsländer, die lieber auf ihre eigene Wachstumsdynamik setzen wollen. Das gilt umso mehr, als sie in der Vergangenheit schmerzlich gelernt haben, dass die politischen Ambitionen ihrer potentiellen europäischen Partner viel größer sind als deren Geldbörsen.

All das macht aus Sicht vieler Länder Chinas Angebote trotz offensichtlicher Nachteile deutlich attraktiver. Und Donald Trumps Herangehensweise an die internationale Politik macht es in dieser Situation viel schwieriger, wenn nicht sogar unmöglich, die Nachteile des chinesischen Ansatzes aufzuzeigen.

Tatsächlich hört man weltweit immer häufiger, dass in Wirklichkeit die USA der schlimmste Verletzer gemeinsamer globaler Werte sind. Die täglichen Verlautbarungen und Maßnahmen aus dem Weißen Haus legen die Einschätzung nahe, dass die USA von einer tendenziell gutwilligen zu einer böswillig agierenden Hegemonialmacht übergegangen sind. Mehr noch: Trumps Tendenz, sich von den Medien über das Wahl- und Gerichtssystem bis hin zum öffentlichen Auftragswesen die nepotistischen und wahrheitsverfälschenden Schachzüge autokratischer Regime à la Moskau oder Ankara zu eigen zu machen, raubt der Idee eines Westens auf absehbare Zeit die Grundlage.

Das wirklich Überraschende an der hier vorgelegten Analyse ist, dass China heute trotz des hohen Grades an Staatswirtschaft, trotz Subventionen, trotz der einseitigen Verfolgung direkter und indirekter Exportförderungsstrategien als Vertreter einer liberalen Handelspolitik auftreten kann. China kann erfolgreich so tun, als ob es im Einklang mit der nach 1945 im Rahmen von WTO, OECD, IWF und Weltbank etablierten Ordnung stehe, weil die USA unter Trump aus jedweder konstruktiven Rolle auf institutioneller Ebene ausgestiegen sind, wenn nicht sogar aus der Idee einer Wertegemeinschaft.

Die Sache wird für den zerfaserten Westen noch schlimmer dadurch, dass sich nicht nur die USA, sondern auch die EU von einer kooperativ angelegten internationalen Ordnung entfernen, allerdings in entgegengesetzter Richtung. Während die USA unter Trump zur aggressivsten Ära ihrer Schutzzollpolitik und imperialistischen Handelspolitik aus den Neunzigerjahren des 19. Jahrhunderts zurückgekehrt sind, hält die EU daran fest, ihre Sozial-, Klima- und Menschenrechtskonzepte auf den Bereich des internationalen Handels zu übertragen. Sie forciert dies durch Gesetze zur Lieferkette und Taxonomie. Diese mögen wohl intendiert sein, sind aber deshalb wenig glaubwürdig, weil sie die Last der Anpassung in erster Linie ihren meist ärmeren Handelspartnern auferlegen.

Dies ist eine Entwicklung, die es China paradoxerweise ermöglicht, sich gegenüber dem Rest der Welt als letzter Vertreter des „freien“ internationalen Handels zu positionieren, obwohl es diese Bezeichnung nicht verdient. China befürwortet ein Handelsregime, das weder mit den von der EU bevorzugten kulturellen Normen noch mit den hyperimperialistischen Strategien wirtschaftlicher Zwangsmaßnahmen der USA überfrachtet ist. Frei ist es aber nur in einem zynischen Sinn. Es beruht vorgeblich auf nationaler Souveränität, bedient sich dabei aber der Ausbeutung von Sklavenarbeit und der Zerstörung der Umwelt, solange dies dem Interesse dient, chinesische Produkte ungehindert zu verkaufen.

Trotz aller Behauptungen Donald Trumps über die Allmacht der USA muss es den amerikanischen Spitzenpolitikern bewusst sein, dass ihr Land angesichts der chinesischen Herausforderung mehr denn je auf Kooperationspartner in der westlichen Welt angewiesen ist. Der Rückfall in einen brutalen, auf Macht basierenden Imperialismus, wie er sich in der Handelspolitik der USA zeigt – gepaart mit dem ambitionierten, aber eher erfolglosen Werteimperialismus Europas –, schadet dem Westen enorm.

Unterdessen hat die chinesische Führung mehr als nur Grund zum Lachen. Sie kann ihr Glück angesichts der kaum endenden Ungeschicklichkeiten des Westens nicht fassen.

Stephan-Götz Richter ist Gründer des Global Ideas Center sowie Gründer und Chefredakteur des Online-Magazins „The Globalist“.